



## Vom Gebet zur Demo

### Erinnerungen an den politischen Umbruch in der DDR im Herbst 1989 in Stendal

Von: Dr. Eberhard Schmidt, erschienen im Deutschen Pfarrerblatt, Ausgabe: 11 / 2009

Die DDR, wie ich sie erlebt habe, war ein Weltanschauungsstaat, geprägt durch die marxistisch-leninistische Weltanschauung der führenden Partei, der SED. Der Führungsanspruch der SED war in der Verfassung von 1968 festgeschrieben. Die marxistischen Ideologen waren davon überzeugt, dass die Geschichte nach Gesetzmäßigkeiten ablaufe und dass die kapitalistische Ordnung mit Notwendigkeit von der sozialistischen Gesellschaftsordnung abgelöst werde. Diese wiederum werde sukzessive in die kommunistische Gesellschaft übergehen, in der jeder Bürger nach seinen Bedürfnissen leben könne. Die Partei- und Staatsführung sah es nicht als ihre Aufgabe an, den einzelnen Bürger zu schützen oder ihm zu seinem Recht zu verhelfen, sondern - entsprechend der marxistischen Ideologie - die neue Gesellschaftsordnung aufzubauen und die Bürger zum Ideal dieser neuen Gesellschaft zu erziehen. Die leitenden Männer der SED - das Politbüro mit dem Generalsekretär an der Spitze - verstanden sich als Vorhut der neuen Gesellschaft, als die Wissenden. Sie meinten, besser als viele Bürger des Landes den gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte erkannt zu haben. Aus diesem weltanschaulichen Besserwissen leiteten sie die Legitimation ab, zur Führung berufen zu sein. Nach Marx und Lenin vollzieht sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus freilich nicht bruchlos, sondern in heftigen Klassenkämpfen. Der Aufruf zum Klassenkampf und die Erlangung eines Klassenstandpunktes gehörten deshalb zum sozialistischen Bildungsziel. Genau an dieser Stelle unterschied sich der christliche Glaube mit seiner Ethik der Feindesliebe grundlegend von der marxistischen Weltanschauung. Das Staatswesen der DDR war zentralistisch aufgebaut. Das Politbüro gab die Richtung vor und erteilte die Anweisungen, die durchgestellt wurden bis zum untersten Parteigenossen. Das traf aber nicht nur die Partei-Organisation, sondern die gesamte Gesellschaft. Sämtliche Vereine und Organisationen sollten marxistisch geprägt werden - vom Kindergarten bis zum Pflegeheim, von der Grundschule bis zur Universität, vom Sportverein bis zum Fernsehen. Auch die kleineren Parteien, die Ost-CDU, die Liberaldemokraten, die Bauernpartei, mussten den Führungsanspruch der SED anerkennen. Es gab nur eine Ausnahme: die Kirchen. Ihnen war es erlaubt, ohne besondere Genehmigung der staatlichen Organe in ihren kircheneigenen Räumen Gottesdienste und religiöse Zusammenkünfte abzuhalten, Mitarbeiter anzustellen, zu Kreis- und Landessynoden zusammenzukommen, ohne Vorgaben der SED beachten zu müssen. Weil aber die Kirchen der einzige Freiraum im Weltanschauungsstaat DDR waren, wurden sie von den Sicherheitsorganen misstrauisch beobachtet und ausgeforscht. Aus der Sicht der Marxisten waren sie das Einfallstor für klassenfeindliches Gedankengut aus dem Westen. Deshalb wurden Christen sukzessive aus Leitungspositionen in Politik und Wirtschaft, aus dem Lehrerberuf, aus dem Gerichtswesen ausgeschlossen. Auf kirchliche Leitungspersonen versuchte der Staat, immer wieder Einfluss zu nehmen durch Locken und Drohen. Die Kirchen versuchten, einen eigenen Weg durchzuhalten zwischen Anpassung und Verweigerung. Die Verlautbarungen der Kirchenleitungen und Synoden hatten deutlich eine andere Tonart als die sonst übliche marxistische Sprachregelung.

Ich bin geboren und aufgewachsen in Naumburg (Saale) in Sachsen-Anhalt als Sohn eines Fabrikanten. 6 Jahre (1947 - 1953) konnte ich bei hervorragenden theologischen und musikalischen Lehrern in Westdeutschland studieren. 1953 bin ich in den östlichen Teil Deutschlands zurückgekehrt. Zwei Gründe haben mich zu diesem Schritt bewogen. Einmal: Die Kirchenleitung in Magdeburg rief mich und meine im Westen studierenden ostdeutschen Kommilitonen: "Kommen Sie jetzt zurück. Wir brauchen dringend Ihren Dienst als Pfarrer." Der andere Grund: Ich nahm zur Kenntnis, wie täglich Tausende ostdeutscher Bürger nach dem Westen flohen. Ich dachte: Es darf nicht sein, dass die Stammlande der Reformation entvölkert werden und allein einer marxistischen Deutung überlassen bleiben. Es muss Menschen geben, die in geschichtlicher Verantwortung gegensteuern.

In Halle lernte ich meine Frau kennen. Wir gründeten eine Familie. Uns wurden drei Kinder geschenkt, die die sozialistische Schule besuchen mussten. Sie haben sich dort als Christen und Außenseiter tapfer bewährt. Bald nach meiner Rückkehr in



den Osten musste ich erkennen, dass meine Möglichkeiten gegenzusteuern begrenzt waren. Als am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde, war mir klar, dass wir uns auf einen dauerhaften SED-Staat einrichten mussten. Wir Christen fragten uns: Was will uns Gott damit sagen, dass in Wittenberg, Eisleben, Erfurt und Eisenach rote Fahnen mit Hammer und Sichel wehen. Sollten wir ernsthafter über die Geschichte der Arbeiterbewegung und die sozialistische Gesellschaftsordnung nachdenken? Dabei dachten wir immer an einen reformierbaren "verbesserlichen" Sozialismus - zum Ärger der Partei-Ideologen, die es sich verboten haben, dass wir als Christen bei der Frage mitreden wollten, was denn Sozialismus sei.

Im Laufe der 40 DDR-Jahre wurde die Spanne zwischen der ideologischen Utopie und der Wirklichkeit immer größer. Die Diskrepanz zwischen dem, was der Bürger in der Zeitung las, und dem, was er Tag für Tag im Alltag erlebte, wurde unerträglich. Reformen waren in den 80er Jahren überfällig. Aber in den Chefetagen der Politik bewegte sich nichts. So entstanden unsere Bürgerbewegungen. Wir wollten zunächst nichts anderes als eine Reform des sozialistischen Systems, einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". An eine Abschaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung war nicht zu denken. Wer es gewagt hätte, dieses auszusprechen, wäre sofort wegen "Aufruhrs gegen die Staatsgewalt" verurteilt worden. Aber es war nicht nur die Angst, die uns veranlasste, so moderat und vorsichtig vorzugehen. In den 40 Jahren DDR hatten wir uns an eine Reihe von Vorteilen des Systems gewöhnt, die wir behalten wollten, z.B. die Vollbeschäftigung; jeder hatte seinen Arbeitsplatz. Es gab auch viele gute Leistungen des Sozialsystems. Wir waren alle krankenversichert und zahlten kaum Krankenkassenbeiträge. Wir wussten freilich nicht, dass diese Sozialleistungen in keiner Weise durch die Produktivkraft der DDR-Wirtschaft gedeckt waren und sukzessive zu einer Überschuldung des Staatshaushaltes führten. Im Oktober 1989 legte der Leiter der staatlichen Plankommission, Genosse Gerhard Schürer, dem Politbüro und später dem Zentralkomitee der SED die Bilanz vor - ein Offenbarungseid: Die DDR war nicht mehr zahlungsfähig. Sie konnte die anfallenden Zinsen ihrer Schulden nicht mehr begleichen.

Wie und wo sollten sich die neuen illegalen Bürgerbewegungen versammeln? Da sämtliche öffentlichen Räume von der SED und ihrem Genehmigungsverfahren kontrolliert waren, kamen nur Privatwohnungen in Frage oder, wenn es um größere Zusammenkünfte ging, die Kirchen. In Stendal war die Evangelische Kirche im Besitz mehrerer großer Kirchengebäude, die jeweils 2000 Menschen Platz boten. Aber wir hatten auch Gemeinderäume für 150 Personen. Unsere Kirchengemeinden haben in Stendal - wie in anderen Städten - den Bürgerbewegungen Raum gegeben. Dies war um so leichter möglich, als die führenden Leute der Bürgerbewegungen mehrheitlich Christen und z.T. Mitglieder von Gemeindekirchenräten waren. Die Bürgergruppen in unseren Kirchenräumen wurden theologisch unterschiedlich beurteilt. Die einen sagten: "Es sind säkulare politische Gruppen, denen die Kirche in diakonischer Verantwortung Asyl gewährt, weil sie sich sonst nirgends versammeln können." Die anderen sagten: "Die Gruppen sind die Avantgarde der christlichen Gemeinde. Sie tun, was eigentlich der ganzen Gemeinde Jesu Christi in dieser Situation aufgetragen ist."

In den 80er Jahren gab es ein Netzwerk der Friedensgruppen und Bürgerbewegungen der DDR, genannt "Konkret für den Frieden". Einmal jährlich trafen sich Delegierte aus der ganzen Republik zu gegenseitigen Informationen und Absprachen. Wir haben das Treffen "Konkret für den Frieden IV" vom 27.2. bis 1.3.1986 in Stendal ausgerichtet - unter starker und misstrauischer Begleitung des Staatssicherheitsdienstes. Der Oberreferent für Kirchenfragen beim Bezirk Magdeburg kam eigens zu mir nach Stendal, um mich zu warnen. Mit zweifelhaften Informationen wollte er mich nötigen, die Tagung abzusagen und die Anreisenden zurückzuschicken. Ich habe mich - Gott sei Dank - von ihm nicht einschüchtern lassen und das Seminar zusammen mit Stendaler Bürgerrechtlern und Pfarrern so sorgfältig und unauffällig wie möglich vorbereitet. Wir mussten 120 Privatquartiere bereitstellen. Die Mittagsverpflegung kam aus dem evangelischen Johanniter-Krankenhaus. Die Kaltverpflegung bereiteten unsere kirchlichen Frauenkreise.

Unsere Bürgerbewegung erlebte später noch eine besondere Zuspitzung. 15 km von Stendal entfernt wurde ein riesiges Kernkraftwerk nach dem Typ der russischen Atomkraftwerke gebaut. Die Bauvorgänge verliefen schlampig und fahrlässig. Bauteile lagen im Freien und begannen zu rosten, weil andere dazugehörige Bauteile nicht rechtzeitig geliefert waren. Nach dem Unfall von Tschernobyl 1986 sammelte sich in Stendal die Bürgerbewegung "Energiewende", die auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam machen wollte. Sie fragten beim Gemeindekirchenrat an, ob sie ein Wochenende zum Thema "Beten-Wachen-Fasten" im Domstift halten könnten. Der Gemeindekirchenrat entschied: Wir werden das Seminar selber



verantworten - in Zusammenarbeit mit der Bürgerbewegung. So behielten wir uns ein Mitspracherecht bei der Programmgestaltung. Zwei solcher Seminare haben im Domstift im April 1988 und im April 1989 stattgefunden, wieder unter Bespitzelung und Behinderung durch die staatlichen Organe.

Am 11. September 1989 war unser Stendaler Hauskreis in meinem Amtszimmer versammelt. Unser Bischof Dr. Demke war aus Magdeburg gekommen, um über Thomas Müntzer zu referieren, auf dessen 500. Geburtstag wir uns vorbereiten wollten. Die Aussprache verlief hoch politisch und aktuell. Eine Teilnehmerin berichtete von der Gründung des "Neuen Forums", an dem sie an den Vortagen (9./10. September) in Grünheide teilgenommen hatte. Wir staunten über die klaren Worte und den moderaten Ton: "In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört ... wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des neuen Forums zu werden. Die Zeit ist reif." Die Staatsorgane reagierten gereizt. Mitglieder des Neuen Forums wurden kriminalisiert. Wir führten kontroverse Gespräche mit Bürgermeister und Polizeichef. Es dauerte Wochen, bis die SED - geschwächt - nachgab. In Stendal erhielt die Bürgerbewegung mit dem Neuen Forum eine organisatorische Struktur. Andere Bürgerorganisationen wie "Demokratie jetzt" oder "Demokratischer Aufbruch" folgten, zuletzt die (Wieder-)Gründung der Sozialdemokratischen Partei am 7. Oktober 1989.

Am Donnerstag, den 12. Oktober, haben wir Stendaler das erste Mal gewagt, mit Kerzen auf die Straße zu gehen. Wir waren eine kleine Schar von ca. 30 Leuten. Der evangelische und der katholische Propst - wir beide - gingen voran. Unser Weg führte von der katholischen Kirche St. Annen auf Nebenstraßen zur evangelischen Petrikirche. Dort war seit September wöchentlich donnerstags um 20 Uhr Friedensgebet. Die Teilnehmerzahl war von Woche zu Woche gestiegen. Wir mit unserer kleinen Kerzen-Demonstration waren noch unsicher und ängstlich. Erlaubt waren ja gottesdienstliche Handlungen nur in überdachten kirchlichen Räumen. Jede Aktion auf der Straße hätte einer Genehmigung bedurft, die nicht erteilt worden war. So galt sie als "Zusammenrottung und Anstiftung zum Umsturz".

Ehe wir loszogen, sangen wir den Kanon "Dona nobis pacem". Dann setzte sich der Zug in Bewegung. Jeder hatte in einer Hand die brennende Kerze, mit der anderen schützte er sie vor dem Wind. Es war gegen 19.50 Uhr bereits dunkel, als wir einen unbeleuchteten Parkplatz überquerten. Wir hatten den Eindruck, dass zur Linken und zur Rechten Kampfgruppen in Reih und Glied standen, eine Art Hilfspolizei, die die SED aus den volkseigenen Betrieben zusammengezogen hatte. Ich dachte an die Vorgänge in Halle und Leipzig wenige Tage zuvor. In Leipzig war der große Sternmarsch der Demonstranten am 9. Oktober unblutig ausgegangen. Doch in Halle waren die Demonstranten auf dem Marktplatz brutal zusammengeschlagen worden. Doch wir konnten unbehelligt weiterziehen. Als wir das Portal der Petrikirche erreichten, war die Kirche mit ca. 500 Teilnehmern bereits voll. Beim Eintritt spürten wir, dass ein Aufatmen durch die Reihen ging. Der Gemeindepfarrer begrüßte uns mit den Worten: "Wir freuen uns, dass unsere Schwestern und Brüder auf ihrem Pilgerweg unbeschadet bei uns angekommen sind."

Wenige Tage später, am 16. Oktober, besuchte mich der Leiter des Volkspolizeikreisamtes. Er begrüßte mich mit den kühlen Worten: "Sie hatten am Donnerstagabend Premiere." Ich stutzte. Der kleine Pilgerweg mit 30 Personen auf Nebenstraßen war von den "überaufmerksamen" Polizeiorganen als ungenehmigte Demonstration registriert worden. Wir Kirchenleute hatten in Stendal für den Weg auf die Straße den Startschuss gegeben.

Von Donnerstag zu Donnerstag wurde die Zahl der Teilnehmer am Friedensgebet größer. Wir mussten in den geräumigeren Dom umziehen. Von Woche zu Woche wuchs auch der anschließende Demonstrationzug. Bürgerrechtler des Neuen Forums gingen jetzt an der Spitze mit selbstgefertigten Plakaten. Auf ihnen waren Symbole und Losungen der gewaltfreien Bewegung dargestellt: "Schwerter zu Pflugscharen", "Keine Gewalt", "Für einen sozialen Friedensdienst", "Für freie Bürger in einem offenen Land" usw. Ich war zusammen mit meinem katholischen Kollegen unter den Demonstranten. Beim Abschreiten der bekannten Straßenzüge wurde mir bewusst: Diese Stadt Stendal ist meine Stadt, für die ich eine Mitverantwortung trage. Unsere Friedensgebete hatten eine schlichte Form. Nach einleitendem meditativen Orgelspiel begrüßte ein Vertreter des Gemeindegemeinderates die Versammelten. Wir sangen eines unserer neuen Lieder, oft: "Gib uns Weisheit, gib uns Mut, für die Wahrheit einzustehen ..." Einer von uns Pfarrern las einen Bibeltext, meist aus den Propheten oder aus der Bergpredigt, und legte ihn kurz und aktuell aus. Es folgten kurze freie Beiträge aus der Menge am offenen Mikrophon: Informationen, Zeugnisse der Betroffenheit oder Anregungen zum Handeln. Der abschließende Gebetsteil begann mit einem Gebet des Pfarrers.



Danach konnten Teilnehmer Fürbittanliegen ins Mikrofon sprechen und dazu am Boden eine Kerze entzünden. Am Ende stand das gemeinsam gesprochene Vaterunser, soweit es die Teilnehmer auswendig kannten, und ein Segensvotum des Pfarrers mit dem nochmaligen Hinweis: "Bitte keine Gewalt!" Ein Vertreter des Neuen Forums forderte dann zum Demonstrationzug auf und gab die Route an.

Das freigegebene Mikrofon war ein Wagnis. Deshalb sahen wir Verantwortlichen dem wöchentlichen Friedensgebet nicht nur mit Hoffnung, sondern auch mit Sorge entgegen. Doch viele Bürger lernten dabei neu, in der Öffentlichkeit ihre eigene Sprache zu finden. Wir erlebten mit Staunen die seelsorgerliche Wirkung der gotischen Architektur. An einem Donnerstag im November erreichte das Friedensgebet mit ca. 4000 Teilnehmern seinen Höhepunkt. Die Mehrzahl unter ihnen waren keine Kirchenmitglieder, doch sie fügten sich ohne Widerspruch in die kirchliche Ordnung ein.

Am 24. Oktober 1989 besuchte mich der Vorsitzende des Rates des Kreises, ein pragmatischer SED-Politiker, in meinem Büro und trug folgendes Anliegen vor: Er wolle zu einem Gespräch mit den Bürgerbewegungen ins Rathaus einladen. Man könne doch in Ruhe über Reformen in unserem Land reden. Ob ich mich dafür einsetzen könnte, dass die aufwändigen Straßendemonstrationen eingestellt würden. Auch bittet er mich, ob ich die Einladung an die oppositionellen Gruppen übernehmen könnte. Ich antwortete ihm, ich würde an einem solchen Gespräch gerne teilnehmen. Allerdings müsse er die Einladung an das Neue Forum selber aussprechen. Ich nannte ihm den Namen eines Gründungsmitgliedes, eines Bürgers, der in Stendal Vertrauen genoss. So kam es in Stendal endlich zur Anerkennung der neuen Bürgerbewegung durch die SED. Und dann fand tatsächlich am 31. Oktober 1989 im Rathaus in Stendal ein erstes Gespräch der alten politischen Kräfte mit den neuen Bewegungen und Parteigründungen statt. Auf der einen Seite saßen die Vertreter der SED, der Jugendorganisation FDJ, der kommunistischen Gewerkschaft FDGB, der Blockparteien CDU, LDP, Bauernpartei, auf der anderen das Neue Forum, die Mitglieder der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei, der grünen Partei, der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" und der Kirchen. Die Bürgerbewegungen forderten Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, ein unabhängiges Verwaltungsgericht. Die SED-Vertreter, deutlich in der Defensive, versuchten zu beschwichtigen. Doch ich merkte, dass sie noch nicht bereit waren, die Macht zu teilen. Also mussten wir die Demonstrationen fortsetzen. Am Ende des kontroversen Gespräches sagte der Sprecher des Neuen Forums: "Herr Bürgermeister! Wir wollen Ihnen ankündigen, dass wir am kommenden Donnerstag nach dem Friedensgebet vom Dom zum Marktplatz ziehen. Dort wollen wir mit Ihnen und dem Herrn Vorsitzenden des Kreises öffentlich über die nötigen Reformen unserer Gesellschaft sprechen. Das Rathaus hat einen Balkon. Sie können von dort aus öffentlich mit uns diskutieren." Und so kam es dann auch.

Beim Rathausgespräch am 31. Oktober wurde mir klar: Wenn die ostdeutsche DDR noch eine Zukunft haben sollte, dann musste es zu einer völligen Ablösung der bisherigen Machthaber kommen - von unten bis oben. Wer aber sollte an ihrer Stelle die Leitungsverantwortung übernehmen? Die engagierten Bürger, die den SED-Leuten am 31. Oktober im Rathaus ihr Versagen vorhielten, hatten ja sämtlich keine Ausbildung in kommunaler Verwaltung und Leitung. Es waren Ärzte, Tierärzte, Pfleger, Schwestern, Diplom-Ingenieure, Handwerksmeister. Unter ihnen war kein Jurist, kein Soziologe, kaum ein Lehrer. Das war ja das Elend der DDR-Administration, dass nur die Leute eine Verwaltungsausbildung und ein Leitungsamt anstreben konnten, die sich bereits vor der Ausbildung der marxistischen Ideologie verpflichtet oder angepasst hatten. Mir wurde deutlich: Wir brauchen westdeutsche Amtshilfe. Dabei wagte ich noch gar nicht, an eine Wiedervereinigung zu denken, sondern zunächst an ein demokratisches Staatswesen in Ostdeutschland, das an Haupt und Gliedern erneuert werden sollte.

Am 14./15. Dezember 1989 fuhr ich nach Frankfurt (Main) und sprach mit meinen Studienfreunden, die mit mir durch vier Jahrzehnte engen Kontakt gehalten hatten. Ich schilderte ihnen die Lage in Stendal, in der Altmark, in Sachsen-Anhalt und bat sie: "Sendet uns sofort einen Erwachsenen-Pädagogen mit Verwaltungserfahrung." Sie erfüllten meine Bitte und sandten uns einen tüchtigen Magistratsdirektor, der zeitweise eine Volkshochschule geleitet hatte. Am Wochenende 10. - 12. Januar 1990 begannen wir in Stendal mit dem Gesprächskreis für demokratische Kommunalpolitik. Aus diesem Seminar sind unsere ersten altmärkischen Bürgermeister und Landräte nach 1990 hervorgegangen.

Die ersten freien und geheimen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 brachten für uns alle eine große Überraschung. Ich entsinne mich, dass ich in einem Wahlraum die Stimmauszählung leitete. Die Sozialdemokratische Partei, der in den Prognosen ein Wahlsieg vorausgesagt war, lag abgestraft bei 22%. Den überragenden Wahlsieg feierte die Allianz für Deutschland mit 48% der Stimmen. Sie bestand aus der CDU Helmut Kohls, die die Ost-CDU in sich aufgenommen hatte, der



kleinen DSU (Deutschen Sozial-Union) und dem Demokratischen Aufbruch. Die SED, die den Namen SED-PDS angenommen hatte, lag mit 16,4% der Stimmen an dritter Stelle. Enttäuschend war das Ergebnis für die Bürgerbewegungen, die sich zum "Bündnis 90" zusammengeschlossen hatten. Sie kamen nur auf 2,9%. Aber so ist das bei Revolutionen: Die Sieger einer Revolution sind am Ende ganz andere als die mutigen Bürger, die den Umsturz am Anfang in Gang gesetzt haben. Die CDU hatte in ihrem Wahlprogramm angekündigt: Währungsunion sofort, Wiedervereinigung zum frühest möglichen Zeitpunkt. Das Wahlergebnis zeigte eindeutig: Das war der Wille des Volkes, keine Experimente mehr mit einem verbesserten Sozialismus, sondern so bald wie möglich westdeutsche politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Was sich 1989/90 in der ostdeutschen DDR ereignete, war eine wirkliche Revolution, denn sie führte zu einer totalen Veränderung der Machtverhältnisse. Freilich war es eine Revolution eigener Ordnung: ein Umsturz ohne Lynchjustiz, ohne Krawalle, ohne zerschmetterte Fensterscheiben und ohne brennende Autos. Dass sie einen so friedlichen, gewaltfreien Verlauf nahm, danken wir der Bergpredigt Jesu, die der Afro-Amerikaner Martin Luther King in ihrer Bedeutung für das politische Handeln wiederentdeckt hatte. Die Revolution von 1989 begann in den Kirchen. Ohne die Kirchen mit der Botschaft "keine Gewalt" hätte sie so nie stattgefunden.

#### Literatur:

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel, die Revolution von 1989 in der DDR, Beck, München 2009

Jörg Hellmuth/Gerhard Miesterfeld (Hg.): Herbst 1989, ein Wendelesebuch aus dem Landkreis Stendal, LZ für pol. Bildung in Sachsen-Anhalt 2000

Arnd Brummer (Hg.): Vom Gebet zur Demo, 1989 - die friedliche Revolution begann in den Kirchen, Edition Chrismon, Frankfurt 2009

Deutsches Pfarrerblatt, ISSN 0939 - 9771

#### Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel